

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

auch die zurückliegende Plenarwoche im Hessischen Landtag hat unter Corona-Bedingungen stattgefunden, also: Mit viel Abstand, mit Mund-Nasen-Schutz und ohne Zuschauer im Saal.

Natürlich waren das Corona-Virus und der Umgang der amtierenden Landesregierung mit den Folgen der Pandemie bestimmende Themen im Plenum. Besonders bitter ist das offenkundige Versagen des Kultusministers zum Beginn des neuen Schuljahres: Statt die Schulen, die Schüler*innen und deren Eltern mit landesweit einheitlichen Vorgaben darauf einzustimmen, was auf sie zukommt, hat Minister Lorz von der CDU über Wochen versucht, die Verantwortung für

einen sicheren Schulstart auf die Schulleitungen und die Schulträger abzuwälzen. Erst als der öffentliche Druck auf den Minister zu groß wurde, hat er eine Last-Minute-Verordnung zum Infektionsschutz erlassen, die aber zu spät kam und keinen Beitrag zu einem geregelten Unterricht an den hessischen Schulen mehr leisten konnte.

Alles dazu und zu den anderen Themen, die diese Woche im Hessischen Landtag wichtig waren, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Bitte, bleiben Sie gesund.

Ihre Nancy Faeser

KULTUSMINISTERIUM LÄSST SCHULEN IM STICH

ANTWORT AUF REGIERUNGSERKLÄRUNG



Ein „normaler“ Unterrichtsbetrieb an hessischen Schulen liegt immer noch in weiter Ferne. Vielmehr gleiche der derzeitige Schulbetrieb einem Lotteriespiel für alle Beteiligten, erklärte Christoph Degen in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Kultusminister Alexander Lorz (CDU). „Seit den Sommerferien ist das einzig Verlässliche an unseren Schulen die Unsicherheit. In den ersten 14 Tagen des

neuen Schuljahrs mussten über 50 Klassen in Quarantäne geschickt und sechs Schulen zugemacht werden“, sagte der bildungspolitische Sprecher. Degen erneuerte die SPD-Forderung, einen verbindlichen Stufenplan einzuführen, der landesweit einheitlich festschreibe, wann und in welcher Form bei steigenden Corona-Fallzahlen die Infektionsschutzmaßnahmen an den Schulen zu verschärfen sind. Es sei bedenklich, dass es in Hessen keinerlei Standards für den Unterricht unter Corona-Bedingungen gebe. Absolute Priorität müsse es haben, weitere Schulschließungen zu verhindern. Dass überhaupt Unterricht stattfinden könne, sei dem beachtlichen Engagement der Schulleitungen und der Lehrerinnen und Lehrer zu verdanken, die

Verantwortung übernommen hätten, wo der Minister diese verweigere. „Lorz hat versucht, alle Verantwortung für das Gelingen des Schulstarts auf Schulleitungen und Schulträger abzuschieben. Und als ihm das nicht gelungen ist, hat er mit seinen Last-Minute-Richtlinien für Chaos gesorgt.“ Degen forderte die Ermöglichung individueller Modelle zur Kombination von Präsenz- und Fernunterricht: „Ein strukturierter Wechsel zwischen diesen Unterrichtsformen erlaubt es, die Lerngruppen nach Bedarf, wenn wieder größere Abstände eingehalten werden müssen, zu verkleinern. Dabei ließen sich sowohl das reale Infektionsrisiko als auch die Angst vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus reduzieren.“

SPD FORDERT LÜCKENLOSE AUFKLÄRUNG

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag über die Korruptionsaffäre bei der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt debattiert. In der Debatte forderte Gerald Kummer, dass der Fall des Oberstaatsanwaltes Alexander B. lückenlos aufgeklärt werden müsse. Der Beschuldigte soll nach bisherigen Erkenntnissen über viele Jahre Schmiergeld für die Vergabe von Gutachteraufträgen an private Firmen bekommen haben. Kummer erklärte, dass die Korruptionsaffäre das Vertrauen in die staatlichen Institutionen schädige: „Nach den rechtsextremistischen Umtrieben bei der hessischen Polizei und dem Versagen des Innenministers in der

Drohbrief-Affäre blamiert dieser Fall unser Land erneut. Was muss das für ein Umfeld sein, in dem ein leitender Mitarbeiter der Justiz über Jahre Schmiergeld für Aufträge kassiert, ohne dass jemand aufmerksam wird? Was ist das für eine Justizministerin, die es für völlig normal hält, dass Aufträge an private Firmen von einem einzigen Mitarbeiter ohne jede Kontrolle vergeben werden? Und was sagt es über den Umgang einer Landesregierung mit dem Parlament aus, wenn die Abgeordneten über solch einen Vorgang aus den Medien erfahren müssen?“ Die politische Verantwortung für das, was in der hessischen Justiz geschehe,

Korruptionsskandal bei der Generalstaatsanwaltschaft

Was passieren muss:

-  Den Korruptionsskandal lückenlos aufklären.
-  Ein transparentes Verfahren für die Vergabe von Gutachten einführen, das über das Vieraugenprinzip hinausgeht.
-  Das Vertrauen in die Justiz wiederherstellen.

liege bei der Justizministerin, die eine denkbar schlechte Figur abgebe. „Dieser Fall wäre ohne das Outsourcing von Gutachten und Datenauswertungen an private Unternehmen nicht möglich gewesen. Wir müssen hinterfragen, wie sicher und wie sinnvoll es ist, wenn die Justiz solche Aufgaben auslagert“, so Gerald Kummer.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KITAS NICHT LÄNGER IM STICH LASSEN

In die Qualität unserer Kitas investieren:

-  Weg mit dem Schulgeld, her mit der Ausbildungsvergütung.
-  Mehr Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher.
-  Größerer Praxisanteil in der Ausbildung.

„Die Zahl der erforderlichen Kita-Plätze – und damit der Bedarf an qualifiziertem Personal – steigt seit Jahren. Die schwarzgrüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren schlicht verschlafen, selbst in die Qualität der Kitas zu investieren“, kritisierte die familienpolitische Sprecherin Lisa Gnadl in der Debatte zur Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion. Das jüngste Ländermonitoring „Frühkindliche Bildungssysteme 2020“ der Bertelsmann-Stiftung belege erneut die Missstände in Hessen. Das Land weise ein bundesweit einmaliges Stadt-Land-Gefälle bei der Betreuung der Über-Dreijährigen auf. „In keinem anderen Bundesland sind die Bildungschancen derart abhängig von der kommunalen Finanzstärke wie in Hessen“, bemängelt Gnadl. 85 Prozent der Kindergartengruppen seien zu groß. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge beim Kita-Personal liege in Hessen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. „Seit Jahren fordern wir, endlich die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Erzieher*innen zu verbessern, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und ebenso die Bedingungen während der Ausbildung zu verbessern. All das wurde ignoriert. Jetzt ist es fünf nach zwölf“, sagte

Lisa Gnadl.

KEINE GENERATION CORONA

„Die Corona-Krise verstärkt die Probleme am Ausbildungsmarkt: die Stellenangebote werden weniger, Betriebe schließen und die Ausbildung kann trotz eines Vertrages nicht durchgeführt werden, Betriebsinsolvenzen werden uns noch vor weitere Herausforderungen stellen“, erklärte Tobias Eckert in der Debatte zur Stärkung der dualen Ausbildung. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass es eine Generation Corona gebe, denn ohne Fachkräfte werde es auch keine Wertschöpfung geben. Eckert kritisierte, dass es Hessen an Ideen und Konzepten zur Unterstützung von Ausbildung und Betrieben mangle. „Wir brauchen kurzfristige und zusätzliche Hilfen, aber wir brauchen auch die strukturelle Neuaufstellung für mehr qualifizierte Ausbildungsplätze und eine Chance für jeden jungen Menschen“, so Eckert.

HEBAMMENMANGEL BEKÄMPFEN

In der Aktuellen Stunde zur Situation der Hebammen, kritisierte die gesundheitspolitische Sprecherin Dr. Daniela Sommer die Tatenlosigkeit der Landesregierung. Die



Geburt eines Kindes dürfe für Eltern nicht mit Ungewissheiten und unnötigem Stress verbunden sein. Schon lange weise die SPD-Fraktion auf den Hebammenmangel hin, doch die Landesregierung habe ihn bis vor kurzem geleugnet. „Wir hoffen, dass die Landesregierung die Eltern nicht länger alleine lässt, sondern für eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen und Geburtshilfe sorgt“, sagte Sommer, die jedoch erhebliche Zweifel daran hegt, dass die Landesregierung entsprechende Lösungsansätze bereit hält.

MHR BIODIVERSITÄT

In der Debatte zur Rolle der Landschaftspflegeverbände unterstrich der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gernot Grumbach, die wichtige Funktion der Landschaftspflegeverbände und bezeichnete die Erhöhung der finanziellen Förderung als richtigen Zwischenschritt. „Wir brauchen zur Förderung der Biodiversität, insbesondere in der freien Landschaft beziehungsweise im Bereich der Agrarlandschaft, in denen diese weiterhin abnimmt, zusätzliche Impulse, die die Landschaftspflegeverbände durchaus geben können“, erklärte Grumbach. Es mache einen Unterschied, ob man etwas von „oben“ administrierte oder ob es eine Bewegung gebe, die von „unten“ stetig wachse. „Daher ist die Unterstützung für die Landschaftspflegeverbände ein gutes Signal, um die Vielfalt in der Natur zu fördern“, so Grumbach.



ZICKZACKKURS DER LANDESREGIERUNG

DANK GILT DEN ALLTAGSHELDEN

„Während der Pandemie hat in Hessen schon vieles gefehlt: Schutzausrüstung für Krankenhäuser und Pflegekräfte. Klare Vorgaben für Schulen und Kitas. Eine Wirtschaftspolitik, die ihren Namen verdient. Respekt vor den Rechten der Opposition und der Landesverfassung. Und ein Ministerpräsident, der führt“, kritisierte Nancy Faeser in der Debatte über den Kurs der schwarzgrünen Landesregierung während der Covid-19-Krise. Hessen sei nicht dank, sondern trotz dieser Landesregierung gut durch die Krise gekommen. „Unser Dank gebührt all jenen, die unter noch so schwierigen Bedingungen für unsere Gesundheit kämpfen und unseren Alltag am Laufen halten“,



erklärte Faeser. Ebenso gelte der Dank all jenen, die Tag für Tag die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen. Es sei ein Schlag ins Gesicht all jener Helden des Alltags, wenn Schwarzgrün zu Arien der Selbstbeweihräucherung ansetze. Die Landesregierung zeichne sich vor allem dadurch aus, dass ihr die Konzepte fehlten. „Die Wahrheit ist doch: Hessens Arbeitsplätze wurden in dieser Krise hauptsächlich von Berlin verteidigt. Ich bin dankbar, dass die SPD im Bund durchgesetzt hat, dass das Kurzarbeitergeld verlängert wurde“, sagte Faeser. Zum Glück lebe man in einem Bundesland, das selbst mit einer orientierungslosen Landesregierung die Krise meistern könne.

FRAUEN UND KINDER BESSER SCHÜTZEN

HILFEN FÜR FRAUENHÄUSER

Die Covid-19-Pandemie lässt die Fälle häuslicher Gewalt steigen und bringt Frauenhäuser an die Kapazitätsgrenze, erklärte Lisa Gnadl im Hessischen Landtag. Bereits vor Corona sei die Situation in den hessischen Frauenhäusern alarmierend gewesen. „Hessen verfehlt die Ziele der Istanbul-Konvention, mit der sich Deutschland verpflichtet hat, auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, dass Gewalt gegen Frauen bekämpft, den Betroffenen Schutz gewährt und Gewalt verhindert wird. Um die Anforderungen der Konvention zu erfüllen, braucht Hessen rund 300 zusätzli-

che Familienzimmer in Frauenhäusern. Und dafür braucht es kontinuierlich Mittel für Erweiterungen, Umbauten, Sanierungen, mehr Personal und Mittel für die zusätzlichen Familienzimmer“, erklärte die frauenpolitische Sprecherin. Die Corona-Pandemie habe die Interventions- und Beratungsstellen, die Frauenhäuser und-notrufe nun noch vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Viele mussten auf digitale Beratung umstellen, einige hätten mit kommunaler Hilfe weitere Wohnungen angemietet. Statt die wirklichen Einnahmeausfälle und Mehrausgaben abzufragen,



um passgenaue Hilfen anzubieten, verteile die Landesregierung nun Geld mit einer ‚gedeckelten Gießkanne‘. „Die Landesregierung muss den Fortbestand dieser Einrichtungen sichern und dafür sorgen, dass keine der Einrichtungen aufgrund von Corona-Folgen Insolvenz anmelden muss“, sagte Gnadl.

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG

Der Hessische Landtag hat in Zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der SPD zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung in Hessen beraten. „Die Versorgung mit Hausärzten ist im Bundesvergleich in Hessen mit am schlechtesten“, erklärte Dr. Daniela Sommer in der Debatte. Die Sozialdemokratin forderte die Landesregierung auf, wie viele andere Bundesländer eine Landarztquote einzuführen, da sich insbesondere in ländlichen Regionen ein zunehmender Mangel an Hausärzten entwickelt habe. Sommer bemängelte, dass es nicht genügend Medizinstudienplätze gebe, um Nachrücker auszubilden. Schuld daran sei auch das fehlende Engagement der Landesregierung, um den Mangel abzustellen.



LANDESBEAUFTRAGTER FÜR DIE POLIZEI

„Am 30. Januar dieses Jahres hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf über den Bürgerbeauftragten des Landes Hessen und den Landesbeauftragten für die hessische Polizei eingebracht. Ein Bürgerbeauftragter soll die Hemmschwelle senken, sich an staatliche Behörden und Institutionen zu wenden. Er soll nicht in eine Verwaltungshierarchie eingebunden sein, sondern die Möglichkeit haben, frei und unabhängig zu agieren“, erklärte Günter Rudolph in der Debatte zur Ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Regierungsfractionen zur Einsetzung eines unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten. Der Parlamentarische Geschäftsführer kritisierte, dass CDU und Grüne Monate gebraucht hätten, sich



zu einigen und dann ihren Kompromiss auch noch als Dringlichen Gesetzentwurf einzubringen. Der Vorschlag von CDU und Grüne könne nicht wie der SPD-Entwurf für die gebotene Unabhängigkeit des Beauftragten sorgen. Rudolph hofft, dass die Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen am 24. September weitere Erkenntnisse bringen wird. „Es wird endlich Zeit, dass ein Bürgerbeauftragter und ein Beauftragter für die Polizei in Hessen installiert wird und dass diese Stelle unabhängig agieren kann. Wir hoffen, dass die Personalauswahl nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden wird. Da haben wir jedoch bei CDU und Grünen erhebliche Zweifel“, so Rudolph.

WOHNRAUMFÖRDERGESETZ

Die SPD hat im Landtag gefordert, die so genannte „Nachwirkungsfrist“ bei der vorzeitigen Ablösung von öffentlichen Wohnungsbaudarlehen zu verlängern. „Eine Reihe von Wohnungsunternehmen – darunter die GWH und der börsennotierte Konzern Vonovia – nutzen seit längerer Zeit ihre Liquiditätsreserven und die niedrigen Zinsen für Neukredite, um Förderdarlehen der öffentlichen Hand vorzeitig zurückzuzahlen. Ab Rückzahlung bleiben die Wohnungen nur noch fünf Jahre in der Sozialbindung, danach können die Eigentümer sie zu den ortsüblichen Mieten, in der Regel erheblich teurer, vermieten“, erklärte die wohnungspolitische Sprecherin Elke Barth. Die Regelung beschleunige das Verschwinden von bezahlbarem Wohnraum. Deswegen fordere die SPD, die Nachwirkungsfrist wieder auf zehn Jahre zu erhöhen.



LOGO! ZU GAST IM LANDTAG



Am letzten Plenartag war das ZDF mit einem Kinderreporter zu Besuch im hessischen Landtag. Für die Kindernachrichten „Logo!“ hat er hinter die Kulissen des Parlaments geschaut und einen Einblick

in den Ablauf einer Plenarsitzung bekommen. In einem Interview erklärte ihm Nancy Faeser was ihre Aufgaben als Oppositionsführerin sind. Sie bedankte sich bei dem Fernseherteam für die Berichterstattung, die auch schwierige Themen kindgerecht aufbereite: „Es ist wichtig, dass Kinder erklärt bekommen was in der Politik und der Welt passiert. Auch wenn es komplizierte und belastende Themen sind, wie die Beiträge zu den Anschlägen in Hanau.“

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath